

Winterthur, im Februar 2016

Newsletter Nr. 7 (1/2016)

Geschätzte Mitglieder

In der Hoffnung, dass Sie bis hierhin eine gute Winterzeit verbracht haben, wollen wir Ihnen Nachrichten aus der Vergabewelt überbringen, die wir seit unserem letzten Newsletter zusammengetragen haben. Auch dieses Mal wurden wir durch die wertvolle Arbeit von Frau Nathalie Clausen unterstützt.

Im Folgenden greifen wir einige Themen heraus; die gesamten Nachweise finden Sie im Anhang.

Im Juni dieses Jahres wird zum 8. Mal die Vergabetagung in deutscher (Zürich) und französischer Sprache (Freiburg) durchgeführt werden. Gegen Ende August 2016 wird sodann in Bern die 5. Ausgabe der IT-Beschaffungskonferenz stattfinden.

Der Bund will die Ausgleichsfonds der ersten Sozialversicherungssäule (AHV/IV/EO) in eine rechtlich selbständige Anstalt überführen und diese Anstalt als öffentliche Auftraggeberin dem BöB unterstellen, soweit sie nicht Aufträge im Zusammenhang mit der Vermögensverwaltung vergibt (vgl. dazu lit. C, Ziff. 1, Annex 7 Anhang I GPA 2012).

Und die Beschaffungskonferenz des Bundes (BKB) will die Überprüfung der Einhaltung der Lohnleichheit im Vergabeverfahren intensivieren.

Der Kanton Freiburg will in seinem Beschaffungsgesetz eine neue Bestimmung verankern, wonach die Auftraggeberin im Zusammenhang mit der Verwendung von Holz in Bauwerken Umwelt- oder Ökolabels für das Holz zwingend vorschreiben kann und wonach das Herkunftszeichen Schweizer Holz als Umweltlabel anerkannt werden soll. Eine vom Staatsrat abgelehnte, schärfere Version schlägt vor, dass überhaupt nur schweizerisches Holz verbaut werden soll.

Deutschland hat die zur Umsetzung der neuen EU-Vergaberichtlinien erforderlichen Erlasse beschlossen; es steht nur mehr die Inkraftsetzung aus.

In drei Urteilen hat sich das Bundesgericht zu verschiedenen Rechtsfragen des Verfahrensabbruchs geäußert und damit für breiten Diskussionsbedarf gesorgt.

Und das Bundesgericht hat auch geklärt, inwieweit Journalisten gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz Einsicht in eine durch eine Vergabestelle angefertigte Liste ihrer finanziell wichtigsten Vertragspartner beanspruchen können.

Das Zürcher Verwaltungsgericht hat in der Frage, welches Schicksal einen entgegen den vergaberechtlichen Vorschriften (bzw. „verfrüht“) geschlossenen Vertrag ereilen soll, Stellung bezogen.

Im Sinne des Grundsatzes „*mieux vaut tard que jamais*“ weisen wir kurz vor Fristende darauf hin, dass das Bundesverwaltungsgericht eine Umfrage zur Erforschung der Bedürfnisse des Publikums bezüglich der in der Sammlung „BVGE“ veröffentlichten Leiturteile lanciert hat. Diese läuft noch bis Ende Februar; das Gericht bittet um rege Teilnahme, und dieser Bitte schliesst sich die SVöB gerne an.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre, und ich grüsse Sie im Namen des gesamten Vorstands herzlich

Martin Beyeler, Präsident SVöB

Veranstaltungen, Agenda

- Berner Submissionschränzli am 10. März 2016, ab 17.30 Uhr, im [Weinkeller des Restaurants Beaulieu](#), Bern (Anmeldung via martin.beyeler [at] unifr.ch).
- Zürcher Submissionschränzli am 7. April 2016, um 12.15 Uhr, im [Restaurant Neumarkt](#), Zürich (Information/Anmeldung: ra [at] schneider-recht.ch).
- Ordentliche Mitgliederversammlung SVöB am 20. Mai 2016 in Zürich (weitere Informationen folgen).
- Basler Submissionstreffen im Mai/Juni 2016 (weitere Informationen folgen).
- [Vergabetagung 2016](#) am 24. Juni 2016 im Kongresshaus Zürich // [Marchés publics 2016](#) le 22 juin 2016 à l'Université de Fribourg.
- [IT-Beschaffungskonferenz](#) am 24. August 2016 (Universität Bern, von Roll-Areal, Fabrikstrasse 8, Bern).
- Herbstversammlung SVöB am 25. November 2016 in Bern (weitere Informationen folgen).

Gesetzgebung

- Bund: [Entwurf eines Bundesgesetzes über die Anstalt zur Verwaltung der Ausgleichsfonds von AHV, IV und EO](#) (Ausgleichsfondsgesetz; [Botschaft](#)), Anhang, Ziff. II./1: Schaffung eines neuen Art. 2 Abs. 1 lit. h BöB zur Unterstellung der neuen Anstalt gemäss Ausgleichsfondsgesetz, soweit es nicht um Aufträge im Zusammenhang mit der Vermögensverwaltung geht.
- Kanton Freiburg: [Botschaft des Staatsrates an den Grossen Rat zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen \(Herkunftszeichen\) – Gesetzesentwurf vom 24.11.2015](#) [dt] // [Message du Conseil d'Etat au Grand Conseil accompagnant le projet de loi modifiant la loi sur les marchés publics \(certificats d'origine\) – projet de loi du 24 novembre 2015](#) [fr].

- Deutschland: Am 17. ([Bundestag](#)) und am 18. Dezember 2015 ([Bundesrat](#)) ist das Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts ([Vergaberechtsmodernisierungsgesetz – VergRModG](#); vgl. auch die [Änderungen vom 17.12.2015](#)) angenommen worden, durch das der vergaberechtliche Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) revidiert wird. [Es tritt voraussichtlich am 18.04.2016 in Kraft](#).
- Deutschland: Gestützt auf das revidierte GWB hat die Bundesregierung eine [Verordnung zur Modernisierung des Vergaberechts](#) (Vergaberechtsmodernisierungsverordnung / VergRModVO vom 20. Januar 2016) veröffentlicht, welche zu einer revidierten Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung; VgV) führen soll.

Rechtsprechung

- Anbieterbezogene Zuschlagskriterien (Präzisierung der „Lianakis-Praxis“; EuGH [C-601/13](#) vom 26.03.2015, Ambisig).
- Zuschlags-Subkriterien (BGer [2D 19/2015](#) vom 31.07.2015).
- Vergabe einer Plakatkonzession nach Art. 2 Abs. 7 BGBM (VGer VD [MPU.2015.0011](#) vom 01.09.2015).
- Durchsetzung von werkvertraglichen Forderungen einer öffentlichen Auftraggeberin: Zivilgerichtsbarkeit (BVGer [B-3700/2015](#) vom 16.10.2015).
- Abbruch mangels wirksamen Wettbewerbs (BGer [2D 25/2015](#) vom 29.10.2015).
- Mindestlohn, der nur für im Rahmen von öffentlichen Beschaffungen erbrachte Leistungen gilt (sog. „vergabespezifischer Mindestlohn“; EuGH [C-115/14](#) vom 17.11.2015, RegioPost).
- Austausch von Subunternehmern (BGer [2C 1034/2015](#) vom 23.11.2015; vgl. dazu auch BVGer [B-6518/2015](#), Zwischenverfügung vom 10.11.2015).
- Ausgeschriebene Alternativprodukte; Vorgehen bei der Bewertung (VGer ZH [VB.2015.00522](#) vom 24.11.2015).
- Abbruch während hängigen Beschwerdeverfahrens (BGer [2C 553/2015](#) vom 26.11.2015).
- Einsicht in Vergabestatistiken nach Öffentlichkeitsgesetz (BGer [1C 50/2015](#) vom 02.12.2015).
- Verfrüht abgeschlossener Vertrag und Folgen (VGer ZH [VB.2015.00238](#) vom 03.12.2015).
- Technische Spezifikationen; Auswirkungen auf den Markt (BVGer [B-4743/2015](#) vom 09.12.2015).
- Abbruch zugunsten einer Projektänderung (BGer [2D 43/2015](#) vom 10.12.2015).
- Änderung der Eignungskriterien ohne Verfahrensabbruch (BVGer [B-6274/2015](#) vom 21.12.2015).

Literatur

- BROENS, Michael / GLOCK, Christoph / GROSSE, Eric (Hrsg.), Best Practices bei der Beschaffung ausgewählter Bedarfe, B+G Wissenschaftsverlag, Lauda-Königshofen 2015.
- KULARTZ, Hans-Peter / OPITZ, Marc / STEDING, Ralf, Vergabe von IT-Leistungen, 2. Auflage, Bundesanzeiger Verlag, Köln 2015.
- STEINER, Marc, [Die Durchsetzung von Verfügungen nach schweizerischem Verwaltungsrecht](#), in: Jusletter 8. Februar 2016 (mit Bemerkungen zur Zwangsvollstreckung werkvertraglicher Forderungen einer öffentlichen Auftraggeberin unter Berücksichtigung von BVerfG [B-3700/2015](#) vom 16.10.2015).
- WEBER, Rolf H. / KOCH, Rika, [Berücksichtigung des Transports](#), in: Jusletter 8. Februar 2016.

Varia

- [Umfrage des Bundesverwaltungsgerichts zur amtlichen Entscheidsammlung „BGVE“](#) (Frist: 28. Februar 2016)
- [Empfehlung der Beschaffungskonferenz des Bundes \(BKB\)](#), zur Prüfung der Einhaltung der Teilnahmevoraussetzung der Lohnleichheit (Art. 8 Abs. 1 lit. c BöB) einen effektiven Nachweis zu verlangen ([Formular](#)).
- [Anhörung zur Revision der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bundes für die Beschaffung von Gütern und für Dienstleistungsaufträge](#) (Frist: 8. April 2016) [Vorlage](#) | [Vorlage](#) | [Bericht](#) | [Begleitschreiben](#)
- [Beitritt der Ukraine zum WTO-Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen](#) (am 11. November 2015).

Impressum

Schweizerische Vereinigung für das öffentliche Beschaffungswesen, Marktgasse 1, Postfach 2276, 8401 Winterthur (Geschäftsstelle); Prof. Dr. iur. Martin Beyeler, assoziierter Professor an der Universität Freiburg

www.svoeb.ch

Newsletter [abbestellen](#)